

anbelange, so könne der lange, kostspielige Landweg durch Kanada gar nicht in Frage kommen. Mr. Lloyd George sympathisierte mit dem Gedanken, erklärte aber, daß die Kosten einer Verbindung von 21 Knoten Geschwindigkeit einfach unerschwinglich und selbst einer von 18 Knoten enorm seien. Sie sei nur auf Passagiere angewiesen, Waren würden ausbleiben. Neuseeland verwies auf die Zukunft, änderte aber doch den von ihm ausgehenden Antrag dahin ab, daß das Interesse des Reiches die bestmögliche Verbindung über Kanada nach Australien und Neuseeland gebiete. — In dieser sehr platonischen Form wurde der Antrag einmütig angenommen.

Die Konferenz wandte sich dann einer Anregung von Südafrika und Neuseeland zu. es möchte gesorgt werden, daß Einkommensteuer und Erbschaftssteuer von solchen Personen, die im Vereinigten Königreich wohnen und Geschäfte in den Dominions hätten, nicht doppelt erhoben würden. Nach einem eingehenden Exposé des Finanzministers wurden die Anträge zurückgezogen. Dieser teilte mit, daß dies den englischen Finanzen einen Ausfall von jährlich 2 Millionen Pfd. Sterling bringen würde. England habe in überseeischen Ländern etwa 3 Milliarden Pfd. Sterling ausgeliehen; wenn das Einkommen daraus in England steuerfrei werde, so würden die englischen Finanzen in Unordnung geraten.

Südafrika wünschte die Unterstützung aller Regierungen des Reichs gegen die „Combines“ oder „Pools“ der Dampfergesellschaften, die die Frachten willkürlich hoch hielten und dadurch den Handel schädigten. Das ging der englischen Regierung zu weit; sie sei auch gegen solche Verbindungen, aber sie könne sie nicht in Bausch und Bogen verwerfen, sondern nur „soweit sie sich als nachteilig für den Handel erwiesen hätten“. Sie verwies auf die eingehenden Verhandlungen vor einer königlichen Kommission 1906. Kanada hatte nicht über diese Dinge zu klagen, aber um so mehr Australien, das so weit ging, staatliche Dampferlinien zu empfehlen, um den Ring der Reedereien zu brechen. Neuseeland betonte, daß dort Ordnung herrsche; es gebe fünf Dampferlinien für Gefrierfleisch, aber man unterstütze keine, Mißbräuche kämen nicht vor. Wohl gebe es solche in Südafrika, deshalb stimme Neuseeland der (abgeänderten) Resolution zu, die denn auch angenommen wurde.

Am elften Tage, dem 19. Juni, stand wieder ein neuseeländischer Antrag zur Verhandlung, nämlich, daß „die Dominions jetzt einen Stand der Entwicklung erlangt haben, daß sie mit umfassenderen gesetzgeberischen Rechten hinsichtlich britischer und fremder Schifffahrt betraut werden könnten“. Darüber entstand eine bedeutsame, inhaltreiche Debatte. Lord Crewe, der Minister für Indien zog als den Kern der Sache sofort die Frage der Einwanderung Farbiger hervor. Eine vollständige Lösung sei gar nicht möglich, entweder trete man den Dominions oder Indien zu nahe. Er hielt es für möglich, daß die Dominions sich weniger schroff verhielten. Er appellierte an die Regierungen, sie möchten alles tun,

